

Linnemann, Kai Arne: *Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit*. Marburg: Tectum - Der Wissenschaftsverlag 2002. ISBN: 3-8288-8397-4; 251 S.

Rezensiert von: Hans-Christian Petersen, Abteilung für Osteuropäische Geschichte, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz

Die deutsche Ostforschung ist in den letzten Jahren zunehmend zu einem Objekt wissenschaftlichen Interesses sowie lebhafter Diskussionen geworden. Eng verbunden mit der hitzigen Debatte über die Rolle der deutschen Geschichtswissenschaft und ihrer Protagonisten in der Zeit des Nationalsozialismus haben die jüngsten Arbeiten zu einer deutlichen Verbreiterung des bis dahin äußerst unbefriedigenden Forschungsstandes geführt, ohne dass die Differenzen in der Bewertung deswegen geringer geworden wären. Der zeitliche Schwerpunkt der Publikationen lag hierbei auf den Jahren 1933 bis 1945, während es an entsprechenden Studien zur bundesrepublikanischen Phase der Ostforschung und den damit zusammenhängenden Fragen nach Kontinuitäten, Wandlungen und Brüchen im wissenschaftlichen Prozess noch weitgehend mangelt. Zu erwähnen sind in diesem Kontext die zahlreichen einschlägigen Veröffentlichungen seitens der Historiker der realsozialistischen Staaten, vor allem der DDR, die ab Mitte der fünfziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Rahmen einer gezielten Kampagne gegen die Reinstitutionalisierung der Ostforschung in der Bundesrepublik erschienen sind. Diese litten jedoch, allen zutreffenden Details und berechtigter Kritik zum Trotz, unter der Verkürzung des Erkenntnisinteresses auf den Nachweis personeller Kontinuitäten sowie der ideologisch bedingten Subsumierung des gesamten Sachverhalts unter wenige stereotype Schlagwörter.¹ Somit harren zentrale Fragen der Geschichte der deutschen Ostforschung nach 1945 nach wie vor der Bearbeitung.

Kai Arne Linnemann hat sich in seiner leicht überarbeiteten Magisterarbeit der Rolle Göttingens in diesem Kontext zugewandt, wobei er das Untersuchungsfeld auf die historiografische Ostforschung begrenzt hat. Göttingen bildete nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft den zentralen Anlaufpunkt für die Gruppe der Ostforscher; so richtete die dortige Universität im Oktober 1945 eine offizielle Sammelstelle für die ehemaligen Angehörigen der Königsberger Albertina ein, und im folgenden Jahr wurde mit dem „Göttinger Arbeitskreis“ eine der ersten Institutionen gegründet, die sich sehr bewusst in die Tradition der deutschen Ostforschung stellte. Linnemann beschränkt sich in seiner Untersuchung jedoch nicht auf das reine Aufzeigen personeller Kontinuitäten; sein Erkenntnisinteresse gilt vielmehr dem Prozess der Neuorientierung, also der Frage, wie die bis auf ganz wenige Ausnahmen belasteten Ostforscher sich in die neue politische Situation eingefügt haben und welche Entwicklungen sich hierbei aufzeigen lassen. Angesichts des Verlustes ihrer alten Wirkungsstätten sah sich die Ostforschung mit der Notwendigkeit konfrontiert, Gründe für ihre weitere Existenzberechtigung und Förderung zu erbringen. Ausgehend von entsprechenden Überlegungen Mitchell Ashs legt Linnemann seiner Analyse die zentralen Begriffe Legitimationsstrategien und Ressourcen zu Grunde.² Er unterscheidet hierbei idealtypisch drei Bereiche der Legitimation der eigenen Arbeit seitens der Gruppe der Ostforscher: Die pragmatische Legitimation, die ihre Forschung an den Erfordernissen der Politik ausrichtete und sich auf die Teilöffentlichkeit der Flüchtlinge sowie deren landsmannschaftliche Vertretungen stützte, die moralische Legitimation, die Emigranten, aber auch die öffentlich Selbstkritik übenden Reinhard Wittram und Hermann Heimpel für sich in Anspruch nehmen konnten, sowie die akademische Legitimation, die mittels des Postulats wissenschaftlicher Standards auf die langfristige Etablierung in der scientific community

Christoph Kleßmann ist jüngst in seinem überarbeiteten Sektionsbeitrag des Historikertages 2000 in Aachen auf die Wechselwirkungen zwischen Kritik und weitgehend geschlossenem Schweigen eingegangen: Kleßmann, Christoph, DDR-Historiker und „imperialistische Ostforschung“, in: Deutschland Archiv 35 (2002), H. 1, S. 13-31.

¹ Christoph Kleßmann ist jüngst in seinem überarbeiteten Sektionsbeitrag des Historikertages 2000 in Aachen auf die Wechselwirkungen zwischen Kritik und weitgehend geschlossenem Schweigen eingegangen: Kleßmann, Christoph, DDR-Historiker und „imperialistische Ostforschung“, in: Deutschland Archiv 35 (2002), H. 1, S. 13-31.

² Ash, Mitchell, Verordnete Umbrüche – Konstruierte Kontinuitäten. Zur Entnazifizierung von Wissenschaftlern und Wissenschaften nach 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 903-924.

zielte. Das gemeinsame Ziel dieser verschiedenen Legitimationsstrategien, die keinesfalls isoliert voneinander existieren mussten, sondern sich überschneiden oder auch sukzessive ablösen konnten, erblickt Linnemann in der Erlangung notwendiger Ressourcen, wobei er hierunter sowohl finanzielle, apparativ-institutionelle, kognitiv-konstitutionelle und rhetorische Ressourcen als auch die Öffentlichkeit im Sinne einer öffentlichen Nachfrage nach der Tätigkeit der Ostforscher fasst.

Bevor er jedoch zu diesem eigentlichen analytischen Kern seiner Arbeit gelangt, hat Linnemann zwei sehr ausführliche Kapitel zur Geschichte der Ostforschung bis 1945 sowie zur Rolle Göttingens als „Fluchtpunkt“ (S. 71) geschrieben, die rund die Hälfte des Textes ausmachen. Dies steht in einem gewissen Widerspruch zur eigentlichen Fragestellung, wobei zumindest der erste Teil über die Entstehung und Entwicklung der Ostforschung bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs komprimierter hätte ausfallen können. Linnemann referiert hier vor allem Ergebnisse, die andernorts bereits publiziert worden sind, wobei er sich weitgehend auf die Arbeiten von Michael Burleigh, Michael Fahlbusch und Ingo Haar stützt.³ Inhaltlich halte ich die Schilderung Linnemanns für weitgehend zutreffend, soweit sich dies beim derzeitigen Forschungsstand sagen lässt. Fragwürdig erscheint mir einzig die Datierung eines Radikalisierungsprozesses der deutschen Ostforschung im Sinne einer zunehmenden Hinwendung zu empirischen, direkt verwertbaren Gutachten auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs und die folgenden Gründungen des „Instituts für deutsche Ostarbeit“ sowie der „Reichsuniversität Posen“. Dies mag für den überwiegenden Teil der historiografischen Ostforschung bis 1939 zutreffend sein, gilt jedoch beispielsweise nicht für die am Institut für Osteuropäische Wirtschaft in Königsberg tätigen Ökonomen. Diese haben schon im Vorfeld des deutschen Überfalls auf Polen „praxisorientierte“ Daten zu Fragen der Rüstungswirtschaft oder des Verkehrswezens des polnischen Staates geliefert, und bereits 1938 legte Peter-Heinz Seraphim sein mit zahlreichen Karten und Statistiken untermauertes Werk über das „Judentum im osteuropäischen Raum“ vor.⁴

Im folgenden Kapitel beschreibt Linnemann das gesellschaftliche und universitäre Umfeld in Göttingen, in das sich die Ostforscher nach dem Verlust ihrer bisherigen Wirkungsstätten sowie der anschließenden Flucht neu einordnen mussten. Anhand konkreter Beispiele wird die Bedeutung des „lokalen Faktors“ (S. 91) für diese Phase der Unsicherheit aufgezeigt: Dies gilt sowohl für universitäre Netzwerke im Rahmen der Entnazifizierungsverfahren als auch für die erneute Konstituierung des Historischen Seminars, bei der persönliche Verbindungen eine entscheidende Rolle spielten. Anhand der im Anhang der Arbeit abgedruckten Ankündigungen geschichtswissenschaftlicher Lehrveranstaltungen von 1942 bis 1955 wird die beinahe bruchlose Kontinuität am Historischen Seminar über die vermeintliche „Zäsur“ des Mai 1945 hinweg sichtbar: Die Namen bleiben bis auf ganz wenige Ausnahmen dieselben, und der Lehrbetrieb ist lediglich im Sommersemester 1945 völlig zum Erliegen gekommen. Demonstrativ deutlich wird dies am Beispiel Karl Brandis, der mit dem zweiten Teil seiner Vorlesung über die „Allgemeine Geschichte des Mittelalters“ im Wintersemester 1945/46 direkt an den entsprechenden ersten Teil ein Jahr zuvor anknüpfte. Der Anteil der Ostforscher unter den Lehrenden lag hierbei in Göttingen sehr hoch: im Sommersemester 1946 gehörten fünf von sieben Lehrberechtigten am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte dieser Gruppe an, und im Wintersemester 1949/50 stammte rund die Hälfte der nominellen Professoren aus dem Umfeld der Ostforschung.

Dieses vermeintlich weitgehend homogene Bild der gegenseitigen Protegierung mittels persönlicher Netzwerke differenzierte sich dann in den folgenden Jahren zunehmend. Linnemann gelingt es, diesen „Neuverflechtungsprozess“ nach einer vorherigen Entflechtung

³Burleigh, Michael, *Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge 1988; Fahlbusch, Michael, *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften“ 1931-1945*, Baden-Baden 1999; Haar, Ingo, *Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf“ im Osten*, Göttingen 2000.

⁴Seraphim, Peter-Heinz, *Das Judentum im osteuropäischen Raum*, Essen 1938.

tung kollaborativer Zusammenhänge“ (S. 26) anhand der skizzierten Typen verschiedener Legitimationsstrategien aufzuschlüsseln. Unter den Begriff der pragmatischen Legitimation fasst er hierbei die Reinstitutionalisierungen der Ostforschung in Gestalt des „Göttinger Arbeitskreises“ sowie des Marburger Johann Gottfried Herder-Forschungsrates samt gleichnamigem Institut, ohne die Unterschiede zwischen den Einrichtungen zu verwischen: Während der Arbeitskreis eher populärwissenschaftliche Schriften veröffentlichte, wurde in Marburg stärker der Anspruch auf die wissenschaftliche „Objektivität“ der eigenen Arbeiten betont. Im Kern zielten jedoch beide Institutionen auf eine Beeinflussung der deutschen Regierung in ihrer Politik gegenüber den ostmittel- und osteuropäischen Staaten. Dies bedingte gleichzeitig eine gewisse pragmatische Anpassung an die neuen Realitäten, ohne dass deswegen der Tradition der deutschen Ostforschung entsagt wurde: An die Stelle der „deutschen Volkskultur“ trat jetzt das „Abendland“, das jedoch unvermindert über seine Frontstellung gegen „den Osten“ definiert wurde.⁵ Langfristig gelang es hierbei dem Herder-Institut besser, sich institutionelle und finanzielle Ressourcen zu sichern, während der „Göttinger Arbeitskreis“ in den siebziger Jahren seine Aktivitäten weitgehend einstellen musste. Linnemann erklärt diese unterschiedliche Entwicklung mit der schwindenden politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz der Ostforschung seit Mitte der 1960er Jahre: Während die pragmatische Legitimation des Arbeitskreises, der stets eng mit den Vertriebenenorganisationen verbunden war, zunehmend an öffentlichem und finanziellem Rückhalt verlor, ermöglichte es der in Marburg verfolgte wissenschaftliche Anspruch, diese sukzessive durch eine akademische Legitimierung der eigenen Arbeit zu ersetzen.

Eine zweite Legitimationsstrategie nach 1945 erblickt Linnemann in dem öffentlichen Bekenntnis der persönlichen Schuld. Diesen Schritt taten in der Bundesrepublik lediglich Hermann Heimpel und Reinhard Wittram. Beide hatten während der deutschen Besatzung an „Reichsuniversitäten“ gewirkt, Heimpel in Straßburg, Wittram in Posen. Von Wittram ist ein erstes Schuldeingeständnis,

wenn auch noch vorsichtig in der „Wir“-Form gehalten, bereits aus dem Jahr 1947 bekannt, wobei der Publikationsort ebenso erwähnenswert ist wie der frühe Zeitpunkt: Wittrams Artikel erschien in der „Göttinger Universitätszeitung“ und damit in einem lokal wie überregional viel beachteten Presseorgan der universitären Öffentlichkeit. Diese Selbstpositionierung, die zu entsprechenden Gegenreaktionen und persönlichen Anfeindungen führte, versetzte Wittram im Folgenden in die Lage, die baltische Historiografie dezidiert zur Selbstkritik aufzufordern. Linnemann versteht den Begriff der „Strategie“ hierbei nicht im Sinne einer langfristig angelegten, vordergründigen Handlungsanleitung, mit der letztendlich ganz andere Ziele verfolgt wurden: Die Entscheidung Heimpels und Wittrams, ihre persönliche Schuld öffentlich zu thematisieren, erkennt er als „hart erkämpft[e] [...] Schulbekenntnis[se]“ (S. 165) an, die jedoch gleichzeitig den zukünftigen Zugriff auf zentrale Ressourcen erst ermöglichten.

Als Vertreter der dritten, akademischen Legitimationsstrategie skizziert Linnemann Theodor Schieder und Werner Conze. Für Schieder konkretisiert er diese Zuordnung am Beispiel des Großforschungsprojektes „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, dessen Entstehungsgeschichte von Mathias Beer aufgearbeitet worden ist.⁶ Linnemann widerspricht hierbei Beer, der den Konflikt um den Ergebnisband der Dokumentation als nicht auflösbaren Widerspruch zwischen den ursprünglichen geschichtspolitischen Zielsetzungen und dem eigenen Anspruch der von Schieder geleiteten Wissenschaftlichen Kommission auf das Einhalten wissenschaftlicher Standards schildere. Nach Linnemann entspringt dieser Verweis auf die vermeintlich nicht zu ignorierende geschichtliche „Wahrheit“ vor

⁵ Exemplarisch wird dies in dem programmatischen Artikel von Hermann Aubin in der ersten Ausgabe der „Zeitschrift für Ostforschung“ deutlich: Aubin, Hermann, An einem neuen Anfang der Ostforschung, in: Zeitschrift für Ostforschung 1 (1952), S. 3-16.

⁶ Beer, Mathias, Im Spannungsfeld von Politik und Zeitgeschichte. Das Großforschungsprojekt „Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa“, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 46 (1998), H. 3, S. 345-389.

allem den historiografischen Selbsterzählungen der beteiligten Akteure, während tatsächlich eher die Erwartungen der scientific community und der ab 1960 einsetzende Wandel der gesellschaftlichen Legitimation entscheidend gewesen seien. Hierzu ist zum einen anzumerken, dass diese Faktoren auch von Beer bereits in den Blick genommen wurden, der die Entstehung der Dokumentation keineswegs eindimensional als vermeintliche Erfolgsgeschichte der wissenschaftlichen „Objektivität“ geschildert hat⁷, und dass zum anderen Linnemann in seinem sehr knappen Abschnitt zur Rolle Schieders nicht über das Formulieren einer Hypothese hinaus gelangt, die zwar sehr plausibel ist, jedoch durch Detailstudien erst noch zu überprüfen wäre.⁸ Nichtsdestotrotz halte ich die Einordnung Schieders in die Kategorie der akademischen Legitimation für überzeugend, was unter anderem durch dessen zunehmende Distanzierung vom „Göttinger Arbeitskreis“ belegt wird. Ähnlich fällt die Bewertung hinsichtlich der Entwicklung Conzes aus, der von 1946 bis 1952 in Göttingen gelehrt hat. Auch hier kritisiert Linnemann zu Recht die vielfach erfolgte Erzählung der Nachkriegsbiografie Conzes als einer zielstrebigem Orientierung an politisch nicht instrumentalisierbaren Paradigmen, die sich allein aufgrund ihrer rationalen Logik etabliert hätten, und verweist stattdessen auf den Einfluss von Faktoren, die jenseits eines vermeintlich „rein wissenschaftlichen“ Diskurses über die Entwicklung der Karriere Conzes entscheiden haben. Die Darstellung Linnemanns bleibt erneut sehr skizzenhaft, erinnert aber in ihrer Argumentation an die detaillierte Dissertation von Thomas Etzemüller, welche für die hier rezensierte Arbeit jedoch nicht mehr herangezogen werden konnte⁹.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Studie von Linnemann einen wichtigen Fortschritt hinsichtlich der Geschichte der Ostforschung nach 1945 und des Umgangs mit dem eigenen „Erbe“ darstellt. Der bisher eher monolithisch erscheinende Block „der Ostforscher“ als einer sich undifferenziert protezierenden Gesinnungsgemeinschaft bekommt bei einem Blick über die unmittelbare Nachkriegszeit hinaus deutliche Risse, die den Blick auf die Binnendifferenzierungen

ermöglichen. Inwieweit zukünftige Untersuchungen die von Linnemann entwickelten Kategorien verschiedener Legitimationsstrategien und deren Anwendung auf die Göttinger Geschichtswissenschaft bestätigen, bleibt abzuwarten. Die Arbeit ist jedoch auf jeden Fall ein erneuter Beleg dafür, dass Magisterarbeiten mehr Aufmerksamkeit verdient haben als dies bisher der Fall ist, wo sie in der Regel nach der Abgabe als Staubfänger in den Außenbeständen der Universitätsbibliotheken enden.

HistLit 2003-4-149 / Hans-Christian Petersen über Linnemann, Kai Arne: *Das Erbe der Ostforschung. Zur Rolle Göttingens in der Geschichtswissenschaft der Nachkriegszeit*. Marburg 2002, in: H-Soz-Kult 12.12.2003.

⁷ Beer, Mathias, Der „Neuanfang“ der Zeitgeschichte nach 1945. Zum Verhältnis von nationalsozialistischer Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik und der Vertreibung der Deutschen aus Ostmitteleuropa, in: Schulze, Winfried; Oexle, Otto Gerhard (Hgg.), *Deutsche Historiker im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 1999, S274-302.

⁸ Verwiesen sei auf die derzeitige Dissertation von Elke Zimmermann, Dresden, zu Theodor Schieder.

⁹ Etzemüller, Thomas, *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München 2001.